

informationssdienst altersfragen

Herausgeber: Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.

ZB MED

Der Gastbeitrag

Systemwechsel Pflegeversicherung: Pflegepolitische Akteure und Konfliktlinien im Wandel

von Stefan Pabst

Das Pflege-Versicherungsgesetz (PflegeVG) galt bei seiner Einführung im Jahr 1994 als eine der zentralen Reformen der christlich-liberalen Koalition unter Kanzler Kohl. Vor allem sollte die Problematik der durch Pflegebedürftigkeit häufig eintretenden Sozialhilfeabhängigkeit entschärft werden. Durch eine erhebliche Ausweitung staatlicher Leistungen erhoffte man sich, so Karl Jung, damaliger Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, „keine Verlierer, nur Gewinner“.

Allerdings stehen heute die Zustände im Pflegebereich mehr denn je in der öffentlichen Kritik: So wird beispielsweise argumentiert, dass die finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen weit geringer ausgefallen sei als erhofft, relevante Gruppen der Pflegebedürftigen von Leistungen der Pflegeversicherung ausgeschlossen seien, dass sich die Qualitätsmängel („Pflegeskandale“) häufen oder die Heimentgelte die Kosten für Pflege und Unterbringung bei weitem nicht decken. Viele Publikationen zur Pflegeversicherung vermitteln den Eindruck, dass die Pflegeversicherung nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der Situation führte.

In diesem Beitrag wird, auf Basis von Ergebnissen aus Forschungsprojekten am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, untersucht, worin mögliche Ursachen für die Zunahme der Kritik von Akteuren in der Pflegepolitik und ihrer Konflikte liegen. Um diese Frage zu diskutieren, bietet sich als ein möglicher Erklärungsansatz die Analyse der gewandelten Akteursstrukturen und Interessenlagen an.

Vor Einführung der Pflegeversicherung basierte die Sicherung bei Pflegebedürftigkeit auf einer relativ einfachen institutionellen Ausgestaltung. Die Regelungen der Pflichtaufgaben im BSHG und einiger weiterer Gesetze, wie beispielsweise das Heimges

zählten zu den juristischen Grundlagen, an Umsetzung und Gestaltung wenige zentrale Akteure beteiligt waren. Diese Regelungen wirkten sich

wohl auf die Entwicklung der *Pflegeinfrastruktur* als auch auf die entstehenden *Finanzbedarfe* aus und brachten für die involvierten Akteure unterschiedliche Probleme mit sich.

Zunächst führten die Subsidiaritätsregelungen des BSHG auf Landes- und kommunaler Ebene zu einem vergleichsweise stabilen Netzwerk zwischen staatlichen und wohlfahrtsverbandlichen Akteuren. Um die Infrastruktur weiter zu entwickeln und den Sicherstellungsauftrag zu erfüllen, wurden in einigen Bundesländern Bedarfs-, Alten- oder Pflegepläne entwickelt, die das Angebot regulierten. Diese Pläne und Bedarfsanalysen wurden auch genutzt, um potenzielle Konkurrenz für die kommunalen und wohlfahrtsverbandlichen Anbieter durch private Anbieter – vom „Markt“ fernzuhalten, indem diese als nicht bedarfsnotwendig definiert wurden und keinen Versorgungsvertrag von dem Sozialhilfeträger erhielten. Aufgrund dessen setzten sich die freien Träger in der *stationären Altenhilfe* als Marktführer durch und verfügten in

aus dem Inhalt:

	Seite
<i>Der Gastbeitrag</i>	1
Systemwechsel Pflegeversicherung – pflegepolitische Akteure und Konfliktlinien im Wandel (Stefan Pabst)	
<i>Soziale Gerontologie und Altenpolitik</i>	5
Konzertierte Initiative zur Qualitäts- entwicklung von Pflege und Betreuung	
<i>GeroStat</i>	7
Heim- und Pflegestatistik in Deutschland	
<i>Buch des Monats</i>	10
Specke: Gesundheitsmarkt 2001	
<i>Im Focus</i>	13
Liebe und Partnerschaft im Alter	
<i>2s.A</i> 5160 richte, Ankündigungen, informationen	23

ZB MED